

III- 178 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

**29. April 1975 BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN**

Bericht

**des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die
XVIII. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEA
vom 16. bis 20. September 1974 in Wien**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Allgemeines	
1. Einführung	3
2. Aufnahme neuer Mitgliedstaaten	4
3. Prüfung der Beglaubigungsschreiben	4
4. Bericht des Gouverneursrates	4
5. Abänderung der Geschäftsordnung	5
6. Wahlen in den Gouverneursrat	5
7. Budget der IAEQ für 1975 und Programm für 1975—80	6
8. Beitragsquoten der Mitgliedstaaten für 1975	7
9. Beziehungen der IAEQ zu zwischenstaatlichen Organisationen	7
10. Eröffnungsdatum der XIX. Ordentlichen Tagung	7
 Annexe	
I. Tagesordnung der XVIII. Ordentlichen Tagung	8
II. Zusammensetzung der österreichischen Delegation zur XVIII. Ordentlichen Tagung	9
III. Wahlen gemäß Geschäftsordnung	10
IV. Ansprache des Generaldirektors der IAEQ (Auszug)	11
V. Auszüge von im Plenum gehaltenen Ansprachen der Delegierten	12
VI. Erklärung des österreichischen Delegierten	14

Österreichische Staatsdruckerei, L61 04965

1. Einführung

Die XVIII. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEA, die vom 16. bis 20. September 1974 im Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg stattfand, war geprägt von der sachlichen Behandlung der gegenwärtig im Vordergrund stehenden Probleme der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Tagesordnung enthielt keine politisch kontroversiellen Themen, und auch die Aufnahme der VR Korea durch die Generalkonferenz erfolgte ebenso wie die von Mauritius durch Konsens.

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der vorjährigen Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz, den Vorsitzenden der australischen Atomenergielokomission, R. W. Boswell, wählte die Generalkonferenz über Vorschlag des japanischen Delegierten, der von den Delegierten der USA und Indonesiens unterstützt wurde, den Vorsitzenden des philippinischen nationalen Rates für wissenschaftliche Entwicklung und Gouverneur der Philippinen bei der IAEA, Florencio A. Medina, zum Präsidenten der diesjährigen Tagung. Die Österreichische Bundesregierung war bei der Eröffnung durch Staatssekretär Dr. Eugen Veselsky repräsentiert.

Von den 107 Mitgliedstaaten der IAEA hatten 82 Staaten Delegierte entsandt. Die VR China war auch in diesem Jahr auf der Generalkonferenz nicht vertreten.

Die Arbeit der Generalkonferenz konzentrierte sich auf folgende Hauptpunkte: Die Energieerzeugung mit Hilfe der Kernkraft, die Sicherheit von Kernanlagen, die Beseitigung radioaktiver Abfälle und die Sicherheitskontrollen.

In der Konferenz herrschte Übereinstimmung, daß derzeit vor allem die Kernenergie eine realistische Alternative zum Erdöl als Energiequelle darstelle und in der Energiewirtschaft wegen der enormen Preissteigerungen für Rohöl, rascher und in größerem Umfang, als bisher angenommen, eine entscheidende Rolle spielen werde. Daraus ergibt sich jedoch die besondere Wichtigkeit, sich mit der Sicherheit von Kernanlagen und mit den Problemen der Beseitigung des radioaktiven Abfalls mit größter Intensität zu befassen und Lösungen zu suchen.

Ebenso im Zusammenhang mit dem zu erwartenden verstärkten Bau von Kernkraftwerken, besonders auch in Entwicklungsländern, die durch die Rohölverteuerung wirtschaftlich schwer belastet sind, stehen die Probleme der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und der Sicherheitskontrollen auf Grund des Atomsperrvertrages (NPT). Die Zahl der Nichtatomwaffenstaaten, die den NPT unterzeichnet haben, nämlich 95, hat sich seit der vorjährigen General-

konferenz nicht erhöht. Lediglich zwei weitere dieser Staaten haben den Atomsperrvertrag ratifiziert, womit sich die Zahl der Ratifikationen auf 80 erhöht hat. 44 dieser Nichtatomwaffenstaaten haben das im NPT geforderte Sicherheitskontrollabkommen mit der IAEA abgeschlossen. Bisher sind 32 der Sicherheitskontrollabkommen (bis zum Vorjahr 28) in Kraft getreten.

Hinsichtlich der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen löste der indische Atomtest Befürchtungen aus, daß auch andere „Schwellenmächte“, die den NPT nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, diesem Beispiel folgen oder zumindest noch weniger geneigt sein könnten, sich diesem Vertrag anzuschließen. Größte Bedeutung wird daher der im Jahre 1975 stattfindenden Revisionskonferenz beigemessen, auf der intensive Anstrengungen — vor allem von Seiten der Großmächte — zu unternehmen sein werden, um den NPT für jene Staaten attraktiver zu machen und das gerade erst aufgebaute bzw. noch im Aufbau befindliche System vor dem Verfall zu bewahren.

Eine Anzahl westlicher Exportländer (Australien, BRD, Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Südafrika und USA), denen sich die UdSSR und später auch Polen und die DDR anschlossen, haben in dreijährigen Beratungen in Durchführung von Artikel III/2 des NPT ein Verfahren für den Export spaltbaren Materials und bestimmter Waren und Ausrüstungsgegenstände ausgearbeitet. Es wurde einvernehmlich eine Liste von Waren festgelegt, deren Export nach Nichtatomwaffenstaaten, die nicht Mitglieder des NPT sind, nur dann genehmigt wird, wenn sich der Empfangsstaat vertraglich der Sicherheitskontrolle durch die IAEA unterwirft. Generaldirektor Eklund würdigte diese Regelung als eine bedeutende Entwicklung, um sicherzustellen, daß ein Bedarf an wirksamer Sicherheitskontrolle nicht zu einer Angelegenheit wirtschaftlicher Konkurrenz werde.

Eine Verordnung, um diese Regelung in Österreich in Kraft zu setzen, wird zurzeit ausgearbeitet.

Die Tagesordnung der Konferenz ist im Annex I, die Liste der Mitglieder der österreichischen Delegation im Annex II wiedergegeben. Das Ergebnis der laut Geschäftsordnung durchzuführenden Wahlen ist im Annex III festgehalten. Annex IV enthält eine Zusammenfassung der Eröffnungsrede des Generaldirektors der IAEA, Dr. Eklund, Annex V Auszüge von im Plenum gehaltenen Reden der Delegierten und Annex VI den vollständigen Text der Rede des österreichischen Delegierten.

2. Aufnahme neuer Mitgliedstaaten

Gemäß Art. IV B des Statuts entscheidet über Aufnahmeanträge die Generalkonferenz auf Empfehlung des Gouverneursrates.

Der Konferenz lagen die vom Gouverneursrat in seinen Sitzungen vom 13. Februar bzw. 13. Juni 1974 geprüften und ihr zur Annahme empfohlenen Aufnahmegesuche von Mauritius und der Demokratischen Volksrepublik Korea vor. Beide Staaten wurden ohne Abstimmung durch Konsens in die IAEA aufgenommen, wodurch sich der Mitgliederstand auf 107 erhöhte. Die Volksrepublik China hat allerdings den nach dem Ausscheiden Taiwans frei gewordenen Platz noch nicht eingenommen.

3. Prüfung der Beglaubigungsschreiben

Im Beglaubigungsausschuß erhob der Delegierte der UdSSR Einwände gegen die Zulassung der Republik Vietnam, da die Vertretung Vietnams durch die Saigonner Regierung dem Pariser Abkommen von 1973 widerspreche. Der Ausschuß folgte den Einwänden jedoch nicht und empfahl der Generalkonferenz in einem Resolutionsentwurf, die vorgelegten Beglaubigungsschreiben anzuerkennen.

In der Generalkonferenz, welche die Resolution des Beglaubigungsausschusses ohne Abstimmung annahm, hatten sich auch die Delegierten der ČSSR, Rumäniens, Albaniens und Algeriens gegen die Anerkennung des Beglaubigungsschreibens des Vertreters Süd-Vietnams, die beiden letzteren auch gegen die Zulassung des Vertreters Südafrikas ausgesprochen. Die Delegierten Jugoslawiens und Albaniens forderten die Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung als zur Vertretung Süd-Vietnams allein berechtigt.

4. Bericht des Gouverneursrates

Gemäß Art. V E. 4 der Statuten hat der Gouverneursrat den Jahresbericht über die Tätigkeit der IAEA der Generalkonferenz zur Prüfung vorzulegen.

Der XVIII. Ordentlichen Tagung lag der Bericht über die Tätigkeit vom 1. Juli 1973 bis 30. Juni 1974 vor. Es wurden darin als Schwerpunkte der Tätigkeit der Organisation die fortgesetzten Bemühungen um den Abschluß von weiteren Sicherheitskontrollabkommen gemäß Art. III des Atomwaffensperrvertrages, die Leistung technischer Hilfe, vor allem an Entwicklungsländer, sowie die Auswirkungen der Kernenergie auf die menschliche Umwelt angeführt.

Nachstehende Punkte des Berichtes erscheinen von besonderem Interesse:

a) Atomwaffensperrvertrag und Sicherheitskontrollabkommen

Im Berichtszeitraum haben keine weiteren Staaten den Atomsperrvertrag (NPT) unterzeichnet. Von zwei weiteren der bisher 95 Nichtatomwaffenstaaten, die den NPT bisher unterzeichnet haben, wurde er ratifiziert, wodurch sich die Zahl der Ratifikationen auf 80 erhöht. Von diesen Staaten wiederum haben 44 mit der IAEA die im NPT vorgesehenen Sicherheitskontrollabkommen abgeschlossen, von denen 32 bereits in Kraft sind.

Wesentliche Fortschritte konnten auch bei den Arbeiten am Entwurf eines Vertrages mit den USA auf Grund des Angebotes, alle ihre nuklearen Anlagen, mit Ausnahme der die nationale Sicherheit direkt betreffenden, den Sicherheitskontrollen der IAEA zu unterstellen, erzielt werden. Über ein ähnliches Angebot Großbritanniens wurden Vorgespräche geführt.

Im Berichtszeitraum hat der Gouverneursrat weiters vier Sicherheitskontrollabkommen auf der gemeinsamen Grundlage des NPT und des Vertrages zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) sowie eines auf Grund des Vertrages von Tlatelolco genehmigt.

Die IAEA hat im Berichtszeitraum ihre Arbeit zur Standardisierung und Verbesserung der Sicherheitskontrollen fortgesetzt und hiefür Modelle entwickelt.

Am 3. Juli 1973 wurde zwischen der IAEA und der ÖSGAE ein Vertrag über die Vermietung des in Errichtung durch die ÖSGAE befindlichen Safeguard Analytical Laboratory (SAL) an die IAEA abgeschlossen, in dem Materialproben aus den im Atomsperrvertrag vorgesehenen Kontrolltätigkeiten der IAEA analysiert werden sollen. Das SAL wird der IAEA im Jahre 1975 übergeben werden.

b) Technische Hilfe

Im Jahre 1973 standen für technische Hilfe und Ausbildung 7,54 Millionen Dollar gegenüber 6,2 Millionen im Jahre 1972 zur Verfügung, die an insgesamt 75 Länder und eine regionale Organisation vergeben wurden. Afrika stand mit 20 Ländern (1972: 21) wiederum an der Spitze; es folgten Lateinamerika (16), Asien und der Ferne Osten (15), Europa (11) und der Nahe Osten (5). 18 Länder gewährten technische Hilfe ohne selbst welche zu erhalten, während 49 Länder (wie 1972) nur Hilfe in Anspruch nahmen. 26 Länder gewährten und erhielten auch Hilfe.

Prozentuell verteilt sich die technische Hilfe im Jahre 1973 wie folgt:

Asien und Ferner Osten	33%
Lateinamerika	23%
Europa	19%
Afrika	14%
Interregional	6%
Naher Osten	5%

c) Kernenergie und Umwelt

Die Ausweitung der Kernenergieprogramme im Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Energiesektor hat das Problem der Auswirkungen der Kerntechnologie auf die Umwelt verstärkt. In diesem Zusammenhang wurden versuchsweise Pläne für eine Ausweitung der Arbeit der IAEA an der Entwicklung von Richtlinien betreffend Standort, Sicherheit und Zuverlässigkeit von Kernkraftwerken erstellt; im Juni 1974 genehmigte der Gouverneursrat eine Erweiterung der Programme betreffend Kernenergie, nukleare Sicherheit und Umweltschutz.

Die IAEA mißt auch den Problemen der Behandlung von nuklearem Abfall größte Bedeutung bei, und ein ständiges beratendes Komitee für eines der wichtigsten Gebiete in der Abfallbehandlung hat im März 1974 in Wien seine Arbeit aufgenommen.

Für das im Jahre 1973 begonnene Sonderprogramm für den Umweltschutz und die Abfallbehandlung wurden von zehn fortgeschrittenen Mitgliedsländern bisher 152.941 Dollar in Form von freiwilligen Beiträgen aufgebracht.

d) Kerntechnologie

Die Preissteigerungen für fossile Brennstoffe und die Erdölsituation haben 1973 zu Aufträgen für Kernkraftwerke in der Gesamthöhe von 60.000 MW geführt. Ende 1973 erreichte die gesamte installierte nukleare Erzeugungskapazität 45.250 MW. Die Vorausschätzungen betreffend die installierte nukleare Weltkapazität für 1980 (315.000 MW) sowie für 1990 und 2000 werden voraussichtlich überschritten werden.

Die IAEA überprüft die im Vorjahr in 14 Entwicklungsländern durchgeführte Bedarfstudie, in die noch weitere Entwicklungsländer einbezogen wurden, und unterstützt die Mitgliedstaaten bei Kernkraftplanungsarbeiten.

Die IAEA hat ihre Zusammenarbeit mit der FAO und der WHO auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Bewässerung fortgesetzt. Die Isotopenhydrologie gewinnt für die Erschließung der Wasserreserven ständig an Bedeutung.

e) Internationales Nuklear-Informationsystem (INIS)

Die IAEA verfügt nunmehr über ein umfassendes kernwissenschaftliches Informationsystem, welches die nationalen Informationszentren mit Daten verschiedener Art für die Weitergabe an den individuellen Interessenten versorgt.

Ende 1973 nahmen 44 Mitgliedstaaten und 12 Organisationen am INIS-Projekt teil, welches nun nach Erreichung seines vollen Arbeitsumfangs 65.000 Daten nuklearwissenschaftlicher Informationen umfaßt.

f) Beschäftigtenstand der IAEA

Am 30. Juni 1974 verfügte das Sekretariat über 355 Konzeptsbeamte (P-Posten und darüber), 582 GS-Posten (Verwaltungsdienst) und 233 M-Posten (Hilfsdienste). Der Beschäftigtenstand belief sich somit auf insgesamt 1170 Personen gegenüber 1129 am 30. Juni 1973. Die Zunahme betraf P-Posten (+16) und GS-Posten (+26), während die M-Posten um einen verringert wurden.

Das neue Abkommen mit der Republik Österreich über die soziale Sicherheit der Angestellten der IAEA ist am 1. Juli 1974 in Kraft getreten (BGBI. Nr. 330/1974).

5. Abänderung der Geschäftsordnung

Die anlässlich der XVII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz 1973 begonnenen Beratungen im Verwaltungs- und Rechtsausschuß zur Änderung der Geschäftsordnung im Interesse einer Rationalisierung und Beschleunigung der Arbeit der Generalkonferenz konnten auf Grund der vom Generaldirektor mit Hilfe einer eigenen Arbeitsgruppe durchgeführten Vorarbeiten abgeschlossen und der Generalkonferenz ein Resolutionsentwurf zur Beschußfassung vorgelegt werden.

Durch die von der Generalkonferenz beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung werden vor allem die Anzahl der Komitees (nur ein Hauptkomitee) verringert und zeitraubende Verfahren vereinfacht.

6. Wahlen in den Gouverneursrat

Gemäß Art. VI A 1 der Satzung bestimmt der Gouverneursrat 12 Mitgliedstaaten als „most advanced countries“ zu Mitgliedern des Gouverneursrates bis zur nächsten Ordentlichen Tagung. Es sind dies: Argentinien, Australien, BRD, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Japan, Kanada, Südafrika, UdSSR und USA.

Gemäß Art. VI A 2 waren von der Generalkonferenz 11 Mitgliedstaaten in den Gouverneursrat zu wählen. Vier Mitglieder waren nach Ablauf

ihrer zweijährigen Amtsperiode zu ersetzen, sieben hingegen als Nachfolger jener Länder, die im Vorjahr auf Grund der Übergangsregelung im Zusammenhang mit der Erweiterung des Gouverneursrates nur für ein Jahr gewählt wurden, zu bestellen.

Folgende Länder, deren Wahl mit jeweils großer Mehrheit erfolgte, hatten sich um einen Sitz im Gouverneursrat beworben: Brasilien, Venezuela, Uruguay, Spanien, Türkei, DDR, Zaire, Zambia, Iran, Thailand und Irak.

Die Wahl sowohl des Iran als auch des Irak, die in derselben regionalen Gruppe rivalisierten, wurde erst durch die Absprache ermöglicht, daß der Iran für den Sitz der Gruppe Mittlerer Osten und Südasiens, der Irak hingegen in der Gruppe Afrika, Mittlerer Osten und Südasiens kandidierte.

7. Das Budget der IAEA für 1975 und Programm für 1975—1980

Die Generalkonferenz hat das ihr gemäß Art. XIV A des Statuts der IAEA vom Gouverneursrat vorgelegte Budget für das Jahr 1975 gebilligt.

Das Budget gliedert sich in Regular und Operational Budget. Die im Rahmen des Regular Budget 1975 vorgesehenen Ansätze belaufen sich auf 29,675.000 Dollar (worin ein auf Grund von Paritätsschwankungen erforderlicher Anpassungsbetrag von 2,8 Millionen Dollar enthalten ist), was einer rund 18,4%igen Steigerung gegenüber dem berichtigten Regular Budget 1974 entspricht. Abzüglich der erwarteten Einnahmen von 2,215 Millionen Dollar und einer Übertragung des Restbetrages von 800.000 Dollar aus dem Anpassungsbetrag 1974 bleibt ein durch Mitgliedsbeiträge zu finanzierendes Budget von 26,660.000 Dollar. Somit erhöht sich die Summe der Mitgliedsbeiträge für 1975 um 3,523.000 Dollar oder 15,2%. Das Operational Budget, bestehend aus Operating Fund I und II, sieht gegenüber 1974 eine Ausweitung um rund 38% auf 5,801.000 Dollar vor. Das Gesamtbudget der IAEA für 1975 beläuft sich somit auf 35,476.000 Dollar, was eine Steigerung von 21,2% gegenüber 1974 bedeutet.

Für die wichtigsten Positionen sind 1975 nachstehende Ansätze vorgesehen, wobei in Klammer die Steigerung gegenüber dem berichtigten Budget 1974 angegeben ist:

Sicherheitskontrollen	4,802.000 \$	(+24,1%)
Verwaltung	2,976.000 \$	(+12,7%)
Information und technischer Dienst	2,976.000 \$	(+23,5%)
Allgemeine Dienstleistungen	2,918.000 \$	(+10,8%)

Nukleare Sicherheit und Umweltschutz	2,309.000 \$	(+53,9%)
IAEO-Laboratorium (Seibersdorf)	1,698.000 \$	(+17,3%)

Für die Programme „Technical Assistance and Training“ (+39,1%) und „Food and Agriculture“ (+10,3%), die hauptsächlich den Entwicklungsländern zugute kommen, sind Ausgaben von insgesamt 7,156.000 Dollar vorgesehen.

Die starke Erhöhung der Ansätze für Gehälter und allgemeine Personalkosten (+2,067.000 Dollar) ist hauptsächlich durch die Notwendigkeit, Inflation und Wechselkursänderungen zu kompensieren, bedingt. Die vorgesehene Vermehrung von Posten (rund 50) entspricht den Raten der letzten Jahre.

Die Generalkonferenz hat über nachstehende Empfehlungen des Gouverneursrates Beschuß gefaßt:

- A. Regular Budget für 1975: 29,675.000 Dollar; Finanzierung: 26,660.000 Dollar durch Beiträge der Mitgliedstaaten, 2,215.000 Dollar durch diverse Einnahmen und 800.000 Dollar nicht verbrauchter Rest aus dem Anpassungsbetrag 1974.
- B. Operational Budget für 1975: 5,801.000 Dollar; Finanzierung: 4,5 Millionen Dollar durch freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten zum General Fund (Erhöhung gegenüber 1974: 1,5 Millionen Dollar) sowie 1,301.000 Dollar aus diversen Einnahmequellen.
- C. Working Capital Fund für 1975: 2,000.000 Dollar; obwohl der Rahmen des Working Capital Fund für 1975 nicht ausgeweitet wurde, ist von Österreich auf Grund einer Erhöhung der Beitragsquote von 0,053 auf 0,058% ein Nachtrag in der Höhe von 1000 Dollar zu leisten.

Österreich hat den Empfehlungen des Gouverneursrates zugestimmt und vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung wie in den Vorjahren einen freiwilligen Beitrag zu dem nunmehr von 3 auf 4,5 Millionen Dollar aufgestockten General Fund, der zur Finanzierung der technischen Hilfe dient, zugesagt. Der freiwillige Beitrag beläuft sich entsprechend der österreichischen Beitragsquote auf 26.100 US-Dollar. Für Stipendien wurden wie in den Vorjahren — ebenfalls vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung — 170.000 \$ zugesagt.

Schwerpunkte im Programm der IAEA in den kommenden Jahren werden auf den Gebieten der nuklearen Sicherheit und des Umweltschutzes sowie besonders in der Ausbildung von Fachkräften liegen. Weiters sollen die Forschungsprogramme, so z. B. auf den Ge-

bieten von „Ernährung und Landwirtschaft“, der Nuklearmedizin, der Kernphysik usw., konzentriert und intensiviert werden.

8. Beitragsquoten der Mitgliedstaaten für 1975

Die Generalkonferenz beschloß über Vorschlag des Generaldirektors die Aufschlüsselung der Beiträge zum Budget für 1975.

Die österreichische Beitragsquote beträgt für 1975 0,58618%, der Anteil an den Kosten der Sicherheitskontrolle der IAEA 0,61193%. Somit wird Österreich insgesamt einen Anteil am Regular Budget von 156.275 US-Dollar zu leisten haben.

9. Beziehungen der IAEA zu zwischenstaatlichen Organisationen

Es bestehen Abkommen zwischen der IAEA und mehreren zwischenstaatlichen Organisationen über eine Zusammenarbeit.

Im Berichtszeitraum entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen IAEA und WHO reibungslos und bedarf keiner besonderen administrativen Einrichtungen mehr. Es werden daher die wechselseitig bestehenden Verbindungsbüros

der IAEA und der WHO geschlossen. Die IAEA wird für die Kontakte mit den Vereinten Nationen und anderen Organisationen mit Sitz in Genf ein Büro im Palais des Nations unterhalten.

Angesichts der verbesserten Aussichten für die Verwendung von Kernenergie in Entwicklungsländern haben die IAEA und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ihre Arbeitsbeziehungen verstärkt. In den Beziehungen der IAEA mit anderen Organisationen haben sich keine besonderen Koordinationsfragen ergeben. Die jährliche Tagung mit der NEA (Kernenergieagentur der OECD) zur Vermeidung von Doppelgeleisigkeiten und, wo wünschenswert, zum Zweck gemeinsamer Bemühungen, wurde im März 1974 in Wien und eine ähnliche Tagung mit EURATOM im Juni 1973 abgehalten.

10. Eröffnungsdatum der XIX. Ordentlichen Tagung

Die XIX. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz wird wieder in Wien, Kongreßzentrum Hofburg, abgehalten werden. Als Eröffnungsdatum wurde Montag, der 22. September 1975, festgesetzt.

Tagesordnung der XVIII. Ordentlichen Tagung

1. Eröffnung der Tagung
2. Wahl des Präsidenten
3. Beglaubigungsschreiben der Delegierten zur XVIII. Ordentlichen Tagung (1974)
 - a) Bestellung des Beglaubigungskomitees
 - b) Bericht des Beglaubigungskomitees
4. Wahl der Vizepräsidenten
5. Bestellung des Allgemeinen Komitees
6. Bewerbungen um die Mitgliedschaft in der IAEQ
7. Ansprache des Generaldirektors
8. Annahme der Tagesordnung und Zuweisung von Tagesordnungspunkten an die Komitees
9. Allgemeine Debatte und Berichte über das Jahr 1973/74
10. Schlußdatum der Tagung
11. Eröffnungsdatum der XIX. Ordentlichen Tagung (1975)
12. Programm der IAEQ für 1975—80 und Budget für 1975
13. Beitragsquoten der Mitgliedstaaten für 1975
14. Finanzierung der technischen Hilfe
15. Rechnungsbericht der IAEQ für 1973
16. Abänderung der Geschäftsordnung
17. Wahl von Mitgliedstaaten in den Gouverneursrat
18. Wahlen in das Personal-Pensionskomitee der IAEQ
19. Freiwillige Beiträge zum Allgemeinen Fonds für 1975
20. Schluß der Tagung

Annex II**Zusammensetzung der österreichischen Delegation zur XVIII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz**

Delegierter: a. o. Gesandter und bev. Minister Dr. Johann Manz
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Stellvertretende Delegierte: Ministerialrat Dipl.-Ing. Richard Polaczek
Bundeskanzleramt, Sektion V
Ministerialrat Kurt Zeleny
Bundeskanzleramt
Ministerialrat Dipl.-Ing. Dr. Leopold Putz
Bundesministerium für Bauten und Technik
Ministerialrat Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Mühlberger
Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz
Sektionschef Dipl.-Ing. Dr. Wilhelm Frank
Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie
Ministerialrat Dipl.-Ing. Franz Berger
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
Sektionschef Dipl.-Ing. Johann Müller
Bundesministerium für soziale Verwaltung
Ministeralsekretär Dipl.-Ing. Otto Zellhofer
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Wissenschaftlicher Berater: Dr. Alfons Burtscher

Berater: Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie

Delegationssekretär: Legationsrat Dr. Ulrich Hack
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Annex III**Wahlen gemäß Geschäftsordnung**

A. In den Vollmachtentauschuss wurden gewählt: Ägypten, Belgien, Costa Rica, ČSSR, Japan, Saudi-Arabien, Thailand, die UdSSR und die USA. Zum Vorsitzenden wurde der thailändische Delegierte, thailändischer Botschafter in Österreich und Ständiger Vertreter Thailands bei der IAEAO, D. Talabhat, gewählt.

B. Zum Vorsitzenden des Programm- und Budgetausschusses wurde der mexikanische Botschafter in Österreich und Ständige Vertreter Mexikos bei der IAEAO, U. Schmill Ordóñez, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender: Libanon, Berichterstatter: Rumänien.

C. Zum Vorsitzenden des Verwaltungs- und Rechtsausschusses wurde der Stellvertretende Delegierte Polens, Professor W. Morawiecki, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender: Australien, Berichterstatter: Peru.

D. Nachstehende acht Mitgliedstaaten wurden durch Wahl bestimmt, je einen Vizepräsidenten der Generalkonferenz zu stellen: Argentinien, Frankreich, Indien, Indonesien, Japan, Kanada, der Sudan und die UdSSR.

E. In den Allgemeinen Ausschuss, der aus dem Präsidenten der Generalkonferenz, den acht Vizepräsidenten, den Vorsitzenden der Hauptausschüsse (Programm- und Budgetausschuss sowie Verwaltungs- und Rechtsausschuss) und weiteren vier Mitgliedern besteht, wurden von der Generalkonferenz die Delegierten der BRD, Großbritanniens, Ungarns und der USA gewählt.

Ansprache des Generaldirektors der IAEA

(Auszug)

Generaldirektor Dr. Sigvard Eklund befaßte sich in seiner Ansprache zunächst mit dem Problem der Kernkraftwerke und betonte, daß die Kernenergie derzeit die einzige Alternative zu den herkömmlichen Energiequellen darstelle, um den erhöhten Energiebedarf der heutigen Welt zu befriedigen. Selbst wenn die Ölpreise etwas nachlassen sollten, werde die aus Kernenergie gewonnene Elektrizität in fast allen Fällen billiger sein, als die mit Kohle, Erdöl oder nach anderen kalorischen Methoden produzierte. So sei die Kernenergie in rund 40 Entwicklungsländern wirtschaftlich interessant geworden. Deshalb werde die IAEA ihre Beratungsdienste für energiewirtschaftliche Planung und Projektausführung weiter ausbauen, um eine vernünftige unparteiische Beratung der Entwicklungsländer zu gewährleisten.

Eine größere Expansion auf dem Kernenergiesektor werde verstärkte internationale Anstrengungen auf den Gebieten der Ausarbeitung vollständiger, international annehmbarer Kriterien für die Betriebssicherheit, der Beseitigung bzw. Behandlung von Atommüll und anderer Umwelt-einwirkungen der Kernenergie sowie der Sicherheitskontrolle erfordern.

In Anbetracht der vielen weitreichenden Veränderungen in den Zukunftsaussichten der Kernenergie und der Probleme, die einer Lösung bedürfen, regte der Generaldirektor die Abhaltung einer größeren internationalen Konferenz im Jahre 1977 über das Thema der Brennstoffversorgung an.

Auf dem Gebiet der technischen Hilfe werde die Tätigkeit der IAEA durch die besseren wirtschaftlichen Aussichten für Kernkraftwerke in Entwicklungsländern wesentlich beeinflußt. So habe die Beteiligung der IAEA am Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen bereits beträchtlich zugenommen.

Für eine größere Anzahl von Mitgliedstaaten der IAEA werden die Kernenergie und andere wichtige technische Anwendungsbereiche trotz der heutigen technischen Entwicklung noch viele Jahre unerreichbar bleiben. Für sie seien die Nuklearmedizin und die Anwendung nuklearer Verfahren in Landwirtschaft und Hydrologie von besonderem Interesse und stellen den Hauptgewinn aus ihrer Zugehörigkeit zur IAEA dar.

Bezüglich des Atomsperrvertrages (NPT) stellte Generaldirektor Eklund fest, daß das vergangene Jahr keinen Fortschritt gebracht habe. Solle die Revisionskonferenz im Mai 1975 nicht eine Stagnation feststellen müssen, so sei es erforderlich, daß die Industriemächte nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat bekräftigen, welche Bedeutung sie dem NPT beimesse. Der Generaldirektor befürwortete ferner alle weiteren wirksamen Maßnahmen, um eine Ausbreitung der Kernwaffen zu verhindern, wobei er einen Vertrag über ein vollständiges Verbot von Kernversuchen besonders erwähnte. Er wies auch auf das System der Sicherheitskontrollen hin und hob hervor, daß mit dem Inkrafttreten des Sicherheitskontrollabkommens zwischen IAEA und EURATOM die IAEA-Sicherheitskontrolle in der überwältigenden Mehrheit der Kernanlagen kernwaffenloser Staaten gelte. Die IAEA habe weiters Verfahren für eine internationale Beobachtung friedlicher Kernexplosionen, die in Nichtatomwaffenstaaten ausgelöst werden, entwickelt. Es wäre zu begrüßen, wenn auch die Atomwaffenstaaten einer solchen Beobachtung zustimmten.

Am Ende seiner Ansprache würdigte Generaldirektor Eklund die unerschöpfliche Unterstützung und Großzügigkeit der Bundesregierung und der Stadt Wien als Gastgeber sowohl hinsichtlich des Ständigen Amtssitzes als auch bezüglich der Bereitstellung zusätzlicher Laboratoriumsräumlichkeiten in Seibersdorf.

Auszüge von im Plenum gehaltenen Ansprachen der Delegierten

Der Delegierte der USA verlas eine Grußbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, in der er neuerlich die starke Unterstützung des Programms der IAEA durch die USA zum Ausdruck brachte und das Angebot der amerikanischen Regierung wiederholte, die Anwendung der IAEA-Sicherheitskontrollen auf alle — mit Ausnahme der die nationale Sicherheit direkt beeinflussenden — Kernaktivitäten seines Landes zuzulassen. Auf die einzelnen Aktivitäten der IAEA eingehend erwähnte der Delegierte das Programm auf dem Gebiet der Sicherheit und wies in diesem Zusammenhang auf die amerikanische Studie über die Sicherheit kommerzieller Kernkraftwerke in den USA („Rasmussen-Bericht“) hin, derzu folge das Risiko schwerer Unfälle extrem niedrig sei. — Die USA als einer der Hauptlieferanten von angereichertem Uran nähmen ihre Verantwortung sehr ernst. Genauere Daten über die Uranvorräte und Anreicherungskapazitäten würden benötigt. Ein besonderes Problem bedeuteten die hochradioaktiven Abfälle. Auf diesem Gebiet könne die IAEA eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung von Standards und Sicherheitsnormen, vielleicht auch der Methodologie für die Behandlung dieser Abfälle, spielen. — Die Entwicklungsländer sollten die Hauptnutznießer der erweiterten Hilfe der IAEA bei der Planung von Kernkraftprojekten sein. Eine enge Zusammenarbeit der IAEA mit der WHO könnte diesen Ländern den vollen Nutzen der Nuklearmedizin bringen. Die US-Regierung werde großzügige Beiträge zur technischen Hilfe leisten, jedoch ab 1975 Sachleistungen an Entwicklungsländer, die Mitglied des NPT sind, den Vorzug geben.

Der Delegierte der Sowjetunion stellte zunächst fest, daß die diesjährige Generalkonferenz vor dem Hintergrund der Bemühungen stattfinde, die internationalen Spannungen zu vermindern und auf den Prinzipien friedlicher Kooperation, echter Sicherheit und Zusammenarbeit ein System internationaler Beziehungen aufzubauen. — Besondere Bedeutung sei dem NPT und der auf Grund dieses Vertrages von der IAEA auszübenden Sicherheitskontrolltätigkeit sowie einer steigenden Zahl von Beitritten zum NPT und Abschlüssen von Kontrollabkommen mit der IAEA beizumessen. Hierbei müsse auch die Vereinbarung zwischen Exportländern von Kernmaterial und Ausrüstungen bezüglich der Durchführung von Artikel III Abs. 2 des NPT (Exportkontrolle) unterstrichen werden. — Der sowjetische Delegierte registrierte mit Genugtuung die Ausdehnung des wissenschaftlichen und technischen Programms der Organisation für 1975—1980 auf weitere wichtige Gebiete. Dabei nehme die Tätigkeit auf dem Sektor der friedlichen Kernexplosionen einen speziellen Platz ein. — Im Rahmen des COMECON habe sich die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sehr bewährt, aber auch die Kooperation mit den USA sowie mit Laboratorien in Großbritannien, Frankreich, der BRD, der ČSSR und anderen Ländern auf dem Gebiete der Fusionsforschung werde planmäßig fortgesetzt. — Wie bisher werde die UdSSR technische Hilfe auf bilateraler Basis und durch die IAEA leisten und ihre Beiträge steigern.

Der Delegierte der BRD erklärte, die Arbeit der IAEA sei im vergangenen Jahr durch zwei politische Ereignisse in besonderer Weise berührt worden: die Ölkrisse mit ihren Auswirkungen auf die Kernenergie und die unbefriedigende Situation in bezug auf die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen. Er betonte, daß die Sicherstellung der Energieversorgung mittels Kernkraft nicht mit verminderter Sicherheit erkauft werden dürfe. — Nach dem Nuklearprogramm der BRD würden bis 1980 25% und bis 1985 über 40% des Energiebedarfes durch Kernenergie gedeckt werden. Hierfür müßten jährlich fünf große Kernkraftanlagen gebaut werden. — Zur Frage der Betrauung der IAEA mit über den Nukleurbereich hinausgehenden Aufgaben auf dem Energiesektor äußerte sich der Delegierte der BRD zurückhaltend. Es müsse zuerst der Umfang der neuen Kompetenzen abgegrenzt werden, bevor die Auswirkungen auf Statut, Programm und Struktur der Organisation geprüft werden könnten. — Den Atomsperrvertrag habe die BRD im Interesse der Entspannung in Europa und des weltweiten Friedens unterzeichnet. Das Ratifikationsverfahren bezüglich NPT und Sicherheitskontrollabkommen sei abgeschlossen, die Ratifikationsurkunden würden gemeinsam mit den anderen EG-Staaten hinterlegt werden.

Der Delegierte Frankreichs befaßte sich mit den Problemen von Produktion und Anreicherung von Natururan, kleinen und mittleren Reaktortypen und „Schnellen Brütern“. — Abschließend stellte er fest, die Sicherheitskontrollfunktion der IAEA sei zweifellos wichtig, doch hänge der Erfolg der Organisation nicht in erster Linie von der Anzahl der der Kontrolle unterstellten Anlagen ab. Es sei bedauerlich, daß die Mitgliedstaaten in der Ansprache des Generaldirektors in Kategorien eingeteilt worden seien, ob sie Nuklearexpllosionen durchgeführt haben

oder nicht, ob sie den NPT unterzeichnet bzw. ratifiziert haben oder nicht oder ob sie ein Sicherheitskontrollabkommen abgeschlossen haben oder nicht. Eine solche Tendenz zu diskriminieren könnte mit der Zeit der reibungslosen Arbeit der Organisation schaden.

Der Delegierte Italiens sagte der IAEA die Unterstützung Italiens bei der Durchführung der Sicherheitskontrollaufgaben zu, doch müßten dabei die Grenzen des Budgets der Organisation beachtet werden, die man nicht überschreiten dürfe. Die Forschung betreffend Kontrolltechniken müsse maximal verstärkt werden. Zu schwere Auflagen für den Betrieb von Kernanlagen könnten von der Entwicklung der neuen Energiequelle abschrecken. Ein angemessen beschränkter Einsatz von Inspektoren könnte anderweitig verwendbare Mittel einsparen, weshalb sich die IAEA weitestgehend regionaler Kontrollsysteme bedienen müßte.

Der Delegierte Pakistans erinnerte an den indischen Atomversuch, der weitreichende Folgen für den Frieden und die Sicherheit der Welt habe. Die Haltung Indiens könne ein Hindernis für die Hilfe der fortgeschrittenen Staaten an die Entwicklungsländer auf dem Gebiete der Kernenergie bilden. Falls Indien wirtschaftliche Gründe für die Durchführung von Kerntests habe, sollte es diese unter der Leitung der IAEA vornehmen und eine Verpflichtungserklärung abgeben, Atomwaffen weder herstellen noch erwerben zu wollen. — Pakistan sei bereit, zusammen mit Indien und anderen Staaten den südasiatischen Subkontinent nach dem Muster des Vertrages von Tlatelolco zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Der Delegierte Indiens wandte sich gegen verschiedentlich geäußerte Vorschläge, daß NPT-Staaten in gewisser Weise bei der Gewährung technischer Hilfe bevorzugt werden sollten. Er bedauerte auch einige der abgegebenen Erklärungen bezüglich der indischen friedlichen Atomversuche. Indien habe mit dem Versuch im Rahmen seines Programms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie weder ein multilaterales noch ein bilaterales Abkommen verletzt. Es sei sonderbar zu erklären, daß Indiens friedlicher Versuch den NPT und die Sache der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zerstört habe, besonders wenn diese Anschuldigung von einem Staat vorgebracht werde, der selbst die Atomwaffentests Chinas in der Atmosphäre offen begrüßt habe.

Der Delegierte Großbritanniens gab einen Überblick über die Fortschritte auf dem Gebiet der Reaktorentwicklung und wies auf die Erfolge des Gaszentrifugenverfahrens zur Urananreicherung hin. — In den Verhandlungen mit der IAEA über ein Abkommen zur freiwilligen Unterwerfung der britischen zivilen Kernanlagen unter die Sicherheitskontrollen der Organisation habe man bereits eine Einigung über die allgemeinen Punkte erzielt. — Er unterstrich die Bedeutung des NPT und empfahl allen Staaten, die den Atomsperrvertrag noch nicht ratifiziert haben, dies rechtzeitig zu tun, um an der NPT-Revisionskonferenz im Frühjahr 1975 teilnehmen zu können.

Erklärung des österreichischen Delegierten vor der XVIII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz der IAEA

Herr Präsident!

Gestatten Sie mir, zu Beginn meiner Erklärung, Ihnen namens der österreichischen Bundesregierung und der österreichischen Delegation zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der XVIII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz der IAEA die wärmsten Glückwünsche auszusprechen. Ihre Wahl ist Ausdruck, sowohl der Anerkennung Ihrer langjährigen wissenschaftlichen und organisatorischen Tätigkeit sowohl in Ihrem Lande als auch im Dienste der IAEA als auch der Hochschätzung Ihrer persönlichen Integrität.

Bevor ich nun auf die Tagesordnung eingehe und mich verschiedenen Fragen der Atomenergie zuwende, möchte ich aber auch noch dem Präsidenten der XVII. Ordentlichen Tagung, Herrn Boswell, für die ausgezeichnete, sachliche und objektive Ausübung seines Amtes im Vorjahr danken.

Im vergangenen Jahr hat die IAEA ihre bisherigen Tätigkeiten auf den Gebieten der Forschung, des Umweltschutzes, der Sicherheit und der Entwicklungshilfe fortgesetzt und nach Möglichkeit intensiviert.

Der ständig steigende Bedarf an Energie verschiedener Art und das Problem, diese Energie in ausreichender Menge wirtschaftlich zu erzeugen, bestehen seit langem, haben aber im vergangenen Jahr neue Aktualität erlangt. Die Kernenergie ist heute wirtschaftliche Realität geworden, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Damit ihr Platz innerhalb der gesamten Energieversorgung richtig bestimmt wird, werden zusätzliche Tätigkeiten der IAEA für richtig und notwendig angesehen. Wir unterstützen daher die Ausführungen des Herrn Generaldirektors zugunsten einer Konzentration der Zuständigkeiten auf dem Gebiete umfassender Energiestudien, wie dies beispielsweise in weiteren Kompetenzen der IAEA auf dem Sektor der Wirtschaftsanalysen und Umweltstudien angedeutet ist. Österreich begrüßt auch die Erforschung der Uranreserven und die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit der OECD.

Die österreichische Delegation ist der Ansicht, daß dieses erwähnte Programm auch im Hinblick auf die Rede des früheren österreichischen Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Kirchschläger, bei der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Mai dieses Jahres wesentliche Möglichkeiten für eine fortschreitende Verstärkung der Tätigkeiten der IAEA auf dem Energiesektor im Rahmen ihrer statutarischen und regulatorischen Aufgaben enthält, z. B. auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Analyse und Umweltstudien. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Zusammenarbeit der IAEA mit dem Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien von besonderer Bedeutung, wobei die österreichische Delegation die Hoffnung ausdrückt, daß Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zur Information der Mitgliedstaaten, beispielsweise in Fortschrittsberichten, veröffentlicht werden.

Ein wichtiges Problem ist auch die Schulung von Fachkräften für Kernkraftwerke und andere nukleare Einrichtungen. In diesem Zusammenhang begrüßt die österreichische Delegation die Ankündigung durch Generaldirektor Eklund, daß die IAEA auf diesem Gebiet durch die Schulung von Ingenieuren für Schlüsselprojekte und Training am Arbeitsplatz in Bau- und Sicherheitstechniken helfen werde.

Was den Atomsperrvertrag betrifft, schließt sich die österreichische Delegation dem von Generaldirektor Eklund ausgesprochenen Bedauern über den mangelnden Fortschritt an, der sich darin zeigt, daß seit der vorjährigen Generalkonferenz kein neues Land den NPT unterzeichnet und nur zwei der Länder, die bereits unterzeichnet hatten, den Vertrag ratifiziert haben.

Auf dem Gebiet der Sicherheitskontrollen sind jedoch gewisse Fortschritte erzielt worden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den erfolgreichen Abschluß der Beratungen hinweisen, die zu dem übereinstimmenden Beschuß einer Reihe bedeutender Lieferländer geführt haben, bei der Durchführung von Artikel III/2 des Atomsperrvertrages eine gemeinsame Linie einzuhalten und die Anwendung von Sicherheitskontrollen durch die IAEA in Nichtatomwaffenstaaten bezüglich jener Materialien zu verlangen, auf die sich diese Bestimmung des Atomsperrvertrages bezieht und welche sie in solche Staaten liefern.

Bei der Errichtung des österreichischen Sicherheitskontroll-Systems erwiesen sich die von der Atombehörde veröffentlichten Richtlinien betreffend internationale Standards für Sicherheitskontroll-Systeme als besonders nützlich. Wir schätzen auch die Arbeit der IAEA für die Herausgabe von Richtlinien über „Physischen Schutz von Kernmaterial“ sehr. Wir würden es jedoch für nützlich erachten, wenn die in diesen Richtlinien enthaltenen Standards weiter ausgearbeitet und detailliert werden könnten, um den Mitgliedsländern noch besser bei der Entwicklung ihrer eigenen Regelungen zu helfen. Die vom Herrn Generaldirektor erklärte Absicht der IAEA, sich auch stärker mit Fragen, die mit der „Public Acceptance“ im Zusammenhang stehen, zu beschäftigen, wird von der österreichischen Delegation begrüßt. Wir glauben, daß der Austausch von Informationen und Erfahrungen auf einer breiteren internationalen Basis es möglich machen wird, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Erzeugung von Kernenergie als wichtiger Teil des gesamten Energiebedarfes vieler Länder zu überzeugen.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Sicherheitskontrollen ist zu erwähnen, daß das Safeguards Laboratorium in Seibersdorf 1975 fertiggestellt und der IAEA als Mieter übergeben werden wird. Dieser moderne Neubau und auch die Erweiterung der in Seibersdorf vorhandenen Anlagen durch die Eingliederung von Laboratorien, die gegenwärtig im Grand Hotel untergebracht sind, können als konkretes Zeichen der fortwährenden Unterstützung der IAEA durch Österreich angesehen werden.

Was das Budget der IAEA für 1975 betrifft, so bedauert die österreichische Delegation, daß wiederum die hauptsächlich durch Inflation und Paritätsveränderungen verursachten Ausgabensteigerungen für Personal und Verwaltung eine Erweiterung der eigentlichen Tätigkeiten der IAEA nur in beschränktem Maße zulassen. Die österreichische Delegation ist jedoch überzeugt, daß die verfügbaren Budgetmittel mit größter Sorgfalt eingesetzt werden, um einen optimalen Nutzen zu erzielen. Österreich wird seinen der Beitragsquote entsprechenden Anteil zum Budget 1975 beitragen und hat sich auch — vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung — bereit erklärt, einen Beitrag zum General Fund in der Höhe von 26.100 — \$ zu leisten und denselben Betrag wie in den Vorjahren für Type II-Stipendien zur Verfügung zu stellen.

Gestatten Sie mir nun als Vertreter des Gastlandes der IAEA ebenso wie anlässlich der Tagungen der Generalkonferenz in den vergangenen Jahren einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Bauarbeiten am definitiven Amtssitz dieser Organisation zu geben. Wie man schon von weitem sehen kann, haben die Rohbauarbeiten an den Bürotürmen, die schon Höhen bis zu 120 m erreichen, gute Fortschritte entsprechend dem vorgesehenen Zeitplan gemacht, sodaß sehr bald mit dem Bau der Stockwerke und der Fassadenmontage begonnen werden kann. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten und die Arbeiten wie bisher zügig fortgesetzt werden können, werden die Gebäude wie geplant 1978 fertiggestellt werden können.

Die österreichische Delegation möchte auch die Gelegenheit benutzen, die VR Korea und Mauritius als neue Mitglieder der Organisation zu begrüßen und zu ihrer Aufnahme zu beglückwünschen.

Abschließend möchte ich dem Herrn Generaldirektor und den leitenden Funktionären der IAEA ebenso wie allen Mitarbeitern für ihre großen Bemühungen bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung ebenso wie für die immer ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den österreichischen Stellen während des vergangenen Jahres bestens danken.

